

Universitätsstadt Tübingen
Fachbereich Finanzen
Berthold Rein, Telefon: 204-1220
Gesch. Z.: 2

Vorlage 223/09
Datum 02.06.2009

Berichtsvorlage

zur Behandlung im: **Gemeinderat**

zur Vorberatung im: **Verwaltungsausschuss**

Betreff: Auswirkungen der Steuerrückgänge auf die Haushaltsabwicklung 2009

Bezug:

Anlagen: 1 Bezeichnung: Tabelle Auswirkungen der Steuerschätzung

Zusammenfassung:

Erste regionalisierte Ergebnisse der Mai-Steuerschätzung zeigen, dass die Auswirkungen der Wirtschaftskrise auf den städtischen Haushalt gravierend sind. Schon 2009 wird die vorgeschriebene Zuführung an den Vermögenshaushalt in Höhe der Tilgungen nicht mehr erreicht.

Ziel:

Bericht über die Haushaltssituation

Bericht:

1. Anlass / Problemstellung

Aus der Mai-Steuerschätzung ergeben sich sowohl direkte Auswirkungen (z.B. auf den Gemeindeanteil an der Einkommensteuer) als auch indirekte (Ermäßigter Kopfbetrag für die Schlüsselzuweisungen).

1.1 Sachstand

Die Mai-Steuerschätzung liegt inzwischen mit regionalisierten Zahlen vor. Außerdem hat das Finanzministerium mit Schreiben vom 15.05.09 den letztjährigen Haushaltserlass korrigiert. Noch nicht bekannt sind die Auswirkungen auf die Schlüsselzuweisungen der Jahre 2010 ff.

Die Zahlen sind in der Anlage im einzelnen dargestellt. Im wesentlichen sind die folgenden Bereiche betroffen:

Gewerbesteuer:

Aus den bisherigen Vorauszahlungen an Gewerbesteuer ist abzuleiten, dass der Ansatz von 28 Mio. € voraussichtlich nicht eingehalten werden kann. Im Augenblick sind 27,6 Mio. € im Soll gebucht. Allerdings sind noch Anpassungen großer Firmen nach unten zu erwarten. Realistisch erscheint ein Jahressoll von 26 Mio. €. Die Gewerbesteuerumlage ist entsprechend geringer. Im Saldo ergeben sich Mindereinnahmen von rund 1,6 Mio. €.

Gemeindeanteil an der Einkommen- und Lohnsteuer

Die Verwaltung hat entsprechend dem Haushaltserlass mit einem Anteil in Baden-Württemberg von 4,4 Mrd. € gerechnet. Diese Vorausschätzung wurde vom Finanzministerium auf 4,1 Mrd. € korrigiert. Das ergibt für die Stadt bei einer Schlüsselzahl von 0,0078244 Mindereinnahmen im Jahr 2009 von rund 2,3 Mio. €.

Schlüsselzuweisungen

Der Kopfbetrag pro Einwohner zur Berechnung des Ausgleichsbedarfs wurde für das Jahr 2009 von 957 auf 942 € herabgesetzt. Außerdem wurde die kommunale Investitionspauschale von 37 € auf 33,5 Mio. € gesenkt. Für 2009 ergeben sich Mindereinnahmen von rund 2 Mio. €.

2. Lösungsvarianten

keine

3. Finanzielle Auswirkungen

Die Auswirkungen auf den Haushalt 2009 sind in der Anlage dargestellt. Falls keine Maßnahmen zum Gegensteuern, die bereits 2009 wirken müssen, ergriffen werden, muß die geringere Zuführung an den Vermögenshaushalt 2009 von rund 5,9 Mio. € mit einer Entnahme aus der allg. Rücklage ausgeglichen werden.

Finanzposition	Beschreibung	Plan 2009	Änderung	Neu 2009
1.9000.0030.000	Gewerbsteuer alt neue Schätzung Gewerbsteuer neu	28.000.000	-2.000.000	26.000.000
1.9000.0100.000	Gemeindeanteil an der Einkommen- und Lohnsteuer 4,1 statt 4,4 Mrd. € Anteil Baden-Württemberg nach Schreiben des FM vom 15.05.09 Gemeindeanteil neu	34.427.360	-2.347.320	32.080.040
1.9000.0410.000	Finanzzuweisung des Landes nach § 5 FAG Herabsetzung des Kopfbetrags von 957 auf 942 € und Reduzierung der Investitionspauschale von 37,5 € pro Einwohner auf 33,5 € Finanzzuweisung des Landes nach § 5 FAG neu	37.826.170	-1.951.803	35.874.367
190.000.910.000	Familienleistungsausgleich 2009 entsprechend Angaben des Finanzministeriums vom 15.05.09	2.652.470	-50.075	2.602.395
1.9000.8100.000	Gewerbsteuerumlage Rückgang aufgrund geringerer Gewerbesteuereinnahmen und Senkung des Umlagesatzes von 67/360 auf 66/360 Gewerbsteuerumlage neu	-5.211.110	444.443	-4.766.667
1.9100.8600.000	Zuführung zum Vermögenshaushalt Verschlechterungen der Zuführung Zuführung zum Vermögenshaushalt neu	3.836.310	-5.904.754	-2.068.444
Höhere Entnahmen aus der allg. Rücklage wegen geringerer Zuführung			5.904.754	